

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 239

Donnerstag, den 13. Oktober 1927

101. Jahrgang

Die Notlage der Pfalz

Der Reichskanzler in Speyer

Am Speyer, 13. Okt. Am Mittwoch nachmittag empfing Reichskanzler Dr. Marx im Regierungsgebäude zu Speyer die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung. Zahlreiche Vertreter der pfälzischen Industrie, des Handels, des Handwerks, der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, der Gemeinden sowie der Presse waren erschienen. Der bayerische

Ministerpräsident Dr. Held

danckte dem Reichskanzler für seinen Besuch und führte u. a. folgendes aus: Der Besuch des Kanzlers in der Pfalz beweise die Verbundenheit des übrigen Deutschlands mit dem besetzten Gebiet. Solange wir, so erklärte Dr. Held, die Besetzung einer fremden Macht in unserem Gebiete haben, kann es uns seelisch nicht wohl sein, kann es uns wirtschaftlich und kulturell nicht wohl ergehen. Wir sind dankbar dafür, wenn in den letzten Wochen Bestrebungen dahin im Gange waren, dem deutschen Volke nicht nur seine Ehre, sondern auch seine Freiheit wiederzugeben. Wir hoffen zuversichtlich, daß bei der zugesagten Verminderung der Besatzung die Pfalz entsprechend berücksichtigt wird und daß auch die Wirtschaft in der Pfalz die entsprechende Unterstützung und Erleichterung erfährt, denn es gibt kein Gebiet, das durch den Krieg und die Nachkriegszeit so schwer benachteiligt worden ist wie die Pfalz. Wir müssen für die Pfalz zum mindesten das gleiche verlangen, was dem Osten und dem Ruhrgebiet für die erlittenen Schäden zugestanden wurde. Man wisse nicht, wie die weltpolitische Konstellation 1935 sein werde; aber man wisse, daß man vielleicht vergebens auf Befreiung der dritten Zone warten müsse, wenn diese Konstellation nicht eine Handhabe dazu biete. Umso mehr habe die Reichsregierung Veranlassung, die ihr heute vorgetragene Bitten zu berücksichtigen und dafür zu sorgen, daß die Pfälzer Seele gesund und deutsch bleibe, die Pfälzer Wirtschaft nicht zugrunde gehe und die Pfälzer Kultur auch in Zukunft die Rolle spielen könne, die sie in der Vergangenheit gespielt habe. Möge kommen, was kommen will, so schloß der Ministerpräsident: Wir halten das Land deutsch, wir werden es retten, nicht für uns, sondern für die Wohlfahrt, das Glück und den Segen des ganzen großen deutschen Vaterlandes.

Reichskanzler Dr. Marx

der darauf das Wort ergriff, legte dar, daß man überzeugt sein möge, daß er der Pfalz ein besonderes Interesse ent-

gegenbringe. Sie habe bewiesen, daß sie ein sicherer Eckstein im Gebäude des Reiches darstelle, auf den alle vertrauen und den alle hochhalten. Was die vorgebrachten Klagen betreffe, so müsse durch vertrauensvolle Zusammenarbeit von Land und Reich wie bisher auch weiter im Rahmen des finanziell Möglichen eine ständige Fürsorgetätigkeit entfaltet werden, die unablässig den Schäden wehre, die die Besetzung bringe. Als Rheinländer und Kölner kenne er die Nöte des besetzten Gebietes und nur die Rücksicht auf das Rheinland habe ihn seinerzeit bestimmt, das Kanzleramt zu übernehmen gegen den Willen seiner Fraktion. Wenn man korrekt sein wolle, müsse man zugeben, daß in den letzten Jahren doch manches erreicht worden sei. Die Reichsregierung werde nicht ermüden und ihre Bemühungen fortsetzen bis endlich die Fragen der Besetzung in unserem Sinne geregelt seien. Der Reichskanzler sagte dann weitgehendste Erfüllung der verschiedenen Wünsche zu und fand warme Worte des Dankes für die pfälzische Bevölkerung deren unerschrockene und mannhafte Haltung in den letzten schweren Jahren in der deutschen Geschichte unvergesslich bleiben werde. Er schloß: Wir stehen jetzt an der Schwelle einer neuen Zeitperiode. Ich habe den Eindruck, daß vieles, was früher möglich, sich nicht mehr erhalten wird. Das eine wird aber in allen Schicksalschlägen sich durchsetzen: Die Liebe eines großen Volkes zum Vaterland.

Der Reichskanzler hat Mittwochabend von Mannheim die Rückreise nach Berlin angetreten.

Die Zurückziehung der englischen und belgischen Besatzungstruppen.

Am Berlin, 13. Okt. Ueber die Zurückziehung von englischen und belgischen Truppen im besetzten Gebiet liegen nunmehr folgende Mitteilungen vor: Von der englischen Besatzung wird die Stadt Idstein völlig geräumt werden. Aus Königstein werden zwei Kompanien zurückgezogen werden. Außerdem werden verschiedene Stäbe und Dienststellen aus Wiesbaden und Dighheim zurückgezogen werden. Die Gesamtzahl der zurückgezogenen englischen Truppen beträgt etwa 1000 Mann. Von den belgischen Truppen werden 2 Bataillone des Infanterieregiments I zurückgezogen werden. Sie liegen zurzeit in Geilenkirchen und Lindern. Ob aber diese Ortschaften von der Besatzung frei werden, steht noch nicht fest. Auch bei den belgischen Truppen handelt es sich um etwa 1000 Mann. Zu ihnen gehören auch einige Stäbe aus Aachen und anderen Orten.

Der Kampf um den Finanzausgleich

Noch keine Einigung zwischen Reich und Ländern

Am Berlin, 13. Okt. Der bayerische Finanzminister hat vor wenigen Tagen eine Rede gehalten, worin er erneut die Forderung aufstellte, daß zum Ausgleich für die Besoldungserhöhung die Anteile der Länder an den Einkommensteuern von 75 auf 80 Prozent erhöht werden müßten. Vorläufig ist also ein Ausgleich zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Einzelstaaten nicht erzielt, obwohl im Reichskabinett der Wunsch besteht, den Ländern und Gemeinden ihre schwierige finanzielle Lage nach Möglichkeit zu erleichtern. Herr Dr. Köhler hat schon in seiner Besprechung mit seinen Kollegen aus dem Reich darauf hingewiesen, daß die Zahlen, die an sich als Mehrbelastung aus der Besoldungserhöhung errechnet werden, nur relativ zu verstehen sind. Mindestens 9 Prozent behalten sie von den Steuern ein, sie können aber durch die Kaufkraft, die aus der Besoldungserhöhung erwächst, mit einem weiteren Steigen der Steuerbeträge rechnen.

Die Einkommensteuer hat im letzten Jahre wesentlich höhere Beträge ergeben, als eingeschätzt war, und der Reichsfinanzminister rechnet damit, daß diese Zahlen noch wachsen, so daß die Ueberschüsse, die an die Länder abgeführt werden, auch über den Voranschlag hinausgehen. Auch ein Rückschlag in der Konjunktur ist immerhin möglich. Das Reichskabinett hat aber Vorsorge getroffen, um dem nach Kräften entgegenzuarbeiten. Die Reichsbahn hat ihre Neuaufträge möglichst gebremst, hat aber die Zusage gegeben, daß sie mit ihren Neuaufträgen kommen wird, sobald ein Nachlassen der Konjunktur einzusehen beginnt.

Die Gefahr eines Rückganges der Einkommensteuer ist also nicht allzu hoch einzuschätzen, so daß im Reichskabinett selbst immer noch die Hoffnung besteht, im nächsten Jahr einzelne Steuern senken zu können. Sollten die Gemeinden den Nachweis erbringen, daß sie tatsächlich mit ihrer finanziellen Lage nicht auskommen, dann scheint die Reichsregierung bereit zu sein, die Getränkesteuer wenigstens auf Wein und Sekt in irgendeiner Form wieder einzuführen, vielleicht auf dem Umweg über ein Rahmengesetz, und die Erträge den Gemeinden zu überlassen.

Ein sozialdemokratischer Vorstoß

Eine sozialdemokratische Interpellation gegen die Preissteigerungen.

Am Berlin, 13. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die sich gegen ein weiteres Ansteigen der Preise wendet.

Die Sozialdemokraten beantragen Lohnsteuerermäßigung.

Am Berlin, 13. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Ermäßigung der Lohnsteuer eingebracht. Dieser verlangt die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 100 M auf 140 M monatlich. Dadurch steigen die freien Beträge für Verheiratete auf 150 M, mit 1 Kind auf 160 M, mit 2 Kindern auf 180 M, mit 3 Kindern auf 220 M, mit 4 Kindern auf 280 M und mit 5 Kindern auf 360 M. Der Gesetzentwurf soll mit dem 1. Januar 1928 in Kraft treten.

Tages-Spiegel

Reichskanzler Dr. Marx hat gestern mit einem Besuch in Speyer seine Rheinlandreise abgeschlossen und ist nach Berlin zurückgekehrt.

Zu der Frage des Finanzausgleiches ist es zwischen Reich und Ländern immer noch nicht zu einer Einigung gekommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Senkung der Lohnsteuer eingebracht.

Den Zeppelin-Werken ist eine Reichsbeihilfe in Höhe von 2 Millionen RM. in Aussicht gestellt worden.

Das polnische Kabinett hat die Annahme der Amerikaanleihe und die Stabilisierung der Währung beschlossen.

Litauen hat in einer Beschwerde die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Zustände im Wilnagebiet gelenkt.

Das Heinkelflugzeug D 1220 ist gestern in Warnemünde zu einem Fernflug in Richtung Lissabon aufgestiegen, mußte aber infolge Tankdefekts bei Brunsbüttel notlanden.

Die Zustände im Wilnagebiet

Wilna-Beschwerde Litauens beim Völkerbund.

Am Kovno, 13. Okt. Die litauische Regierung hat sich gestern telegraphisch an das Völkerbundssekretariat gewandt, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Zustände im Wilnagebiet zu lenken.

Die Wilnaer Besprechungen Pilsudskis beschäftigten die gesamte litauische Presse. Die „Litwa“ sieht in den Wilnaer Besprechungen eine Provokation und beurteilt die Lage in Anbetracht der Besprechungen zwischen Briand, Chamberlain und dem polnischen Außenminister Jaleski als sehr ernst.

Stabilisierung in Polen

Die polnische Amerika-Anleihe wird abgeschlossen.

Am Warschau, 13. Okt. In später Nachtstunden hat der in Belvedere unter dem Vorsitz Pilsudskis tagende Ministerrat das letzte amerikanische Anleiheangebot angenommen. Der polnische Finanzminister hat in einem Briefe die amerikanischen Delegierten Monnet und Fisher von dem Beschluß der Regierung in Kenntnis gesetzt.

Die Unterzeichnung des Anleihevertrages soll am 13. Oktober erfolgen. Die Höhe der Anleihe summe beträgt 62 Millionen Dollar und 2 Millionen Pfund Sterling, zusammen etwa 72 Millionen Dollar. Der Emissionskurs beträgt 92 Prozent, der Rückkaufkurs 103 Prozent. Die Anleihe soll mit dem Datum des 15. Oktober auf 20 Jahre emittiert werden und zu 7 Prozent verzinst werden.

Der Ministerrat hat weiter über den Gesetzentwurf zur Stabilisierung der polnischen Währung beraten. Der Blozy soll auf seinem jetzigen Stand stabilisiert werden. Wie im Zusammenhang hiermit bekannt wird, beabsichtigt das polnische Finanzministerium in Kürze die Auflegung einer größeren inneren Anleihe.

Ein Fernflug der Heinkelwerke

D 1220 gestartet.

Am Warnemünde, 13. Okt. Das Heinkelflugzeug D 1220 ist gestern nachmittag 13 Uhr 21 Minuten glatt gestartet. Die Startzeit betrug 23 1/2 Sekunden. Das Flugzeug entfernte sich sehr bald in Richtung Amsterdam. An Bord sind der Flugzeugführer Merz, der Funker Bod und der Bordmonteur Rode.

Von der Leitung der Heinkel-Werke erfährt der Vertreter der Telegraphenunion, daß das Heinkel-Flugzeug D 1220 nach Amsterdam und von da nach Lissabon fliegen wird. Hier wird es von den Wetterverhältnissen abhängen, ob von Lissabon aus der geplante Europa-Rundflug in Richtung über das Mitteländische Meer durchgeführt wird oder ob das Flugzeug über den Ozean nach Amerika fliegen wird.

Elfaß-Lothringen als Durchgangsland

Der „Mittler“ zwischen Ost und West.

Der Straßburger Rektor Prof. Pfister hat als der oberste Leiter des elfaß-lothringischen Unterrichtswesens Mitte September die neuen Richtlinien für den Volksschulunterricht im Lande den Blättern bekanntgegeben. Es handelt sich scheinbar um rein pädagogische Dinge: Wie vereint man schultechnisch die Forderung nach möglichst vollkommener Erlernung des Französischen, der „Nationalsprache“, mit dem von Poincaré vor rund einem Jahre gemachten Zugeständnis an die Autonomiebewegung, die größere Berücksichtigung der deutschen Mutterprache der elfaß-lothringischen Volksmehrheit verlangt? Poincaré hatte ja seinerzeit erklärt: „In den Gegenden, in denen der elfaßische Dialekt (soll heißen: deutsch) gesprochen wird, müssen die Kinder beim Verlassen der Schule das Hochdeutsche in Wort und Schrift beherrschen.“ Der Pfisterische Erlaß, der von den französischen Blättern als bedenkliche Nachgiebigkeit als die „größte Dummheit“, als „erster Schritt vom Wege“ eingeschätzt, und von der heimatreuen Presse als Halbheit und Bluff bezeichnet wird, ist darin zusammenzufassen, daß der Beginn des deutschen Unterrichts um ein halbes Jahr vorverlegt wird, also auf die Mitte des zweiten Schuljahres statt auf den Anfang des dritten. Bei der Abschlußprüfung, dem berühmten „Certificat d'Etudes“ nach französischem Muster, für das eine kleine Auswahl der Klassen gedrillt wird, soll das Deutsche berücksichtigt werden.

Die französische Sprachenpolitik in Elfaß-Lothringen, die auf Vernachlässigung des Deutschen und rücksichtslosem Einpausen des Französischen besteht, hat eine nicht immer genügend beachtete „europäische“ Bedeutung: Ein gut Teil der deutsch-französischen Verständigung hängt davon ab, was aus Elfaß-Lothringen werden wird, ein verwelktes Stück französischer Provinz, oder ein lebendiges, kultureller Entwicklung fähiges wahres Elfaß-Lothringen. Dies ist die klare politische Bedeutung der häufig nur gefühlsmäßig gewerteten Sprachenfrage.

In eigentümlicher Verkennung der Wirklichkeit wird der heimatrechtlichen Bewegung im Elfaß von ihren Gegnern entgegengehalten, daß ihr Festhalten an der deutschen Sprache auf der anderen Seite des Rheins den „Revangelgeist“ schüre. Daß der Zusammenhang zwischen deutsch-französischer Verständigung und elfaß-lothringischer Autonomie genau umgekehrt ist, hat in einem viel beachteten Aufsatz der „Revue de Hongrie“ erst jüngst ein Franzose zugegeben, Alcide Ghray, der Verfasser der tapferen Bücher vom „Unsauberen Frieden“ und vom „Papierstein“. Die deutschsprechenden Volksteile der europäischen Staaten rings um Deutschland würden, meint Ghray, „um so weniger daran denken, nach Deutschland zu schauen, je weniger ihre deutsche Kultur in den Ländern bedroht ist, denen sie als Fremdrassige angehören“, mit anderen Worten: je weniger Frankreich das Lebensrecht der deutschsprechenden elfaß-lothringischen Neufranzosen achtet, desto weniger kann es erwarten, daß sich die deutsche Kultur als Volk (nicht Staats-)Gemeinschaft mit der kulturellen Unterdrückung eines so wertvollen Gliedes ihrer selbst zufrieden gibt. Daß man im deutschen Volke an Frankreichs ehrlicher Achtung der deutschen Gleichberechtigung zweifelt, so lange es in Elfaß-Lothringen, seinen eigenen deutschsprachigen Departements, alles Deutsche mit kleinlichem Haß verfolgt, wird man in Paris einsehen.

Gerade Elfaß-Lothringen, das so ängstlich vor jeder Verührung mit deutschem Leben abgeschlossen wird, fühlt doch so stark seine besondere europäische Mittlerfunktion. Es glaubt, die „Brücke“ zu werden, auf der zwei Kulturen sich friedlich begegnen können. Wer sollte dazu in der Tat besser vorbereitet sein als der Elfaßer und Deutschlothringer, vom Schicksal hin- und hergerissen, vollhaft im Deutschen verwurzelt, aber auch durch 200 Jahre Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich wieder von französischem Geiste erfaßt? An der großen Völkerstraße des Rheinstroms gelegen, war Elfaß-Lothringen seit einem Jahrtausend verschiedenartigsten Einflüssen ausgesetzt. Die heutige Generation im Lande übt stärker als jede frühere die Pflicht, im Interesse eines friedlichen Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich die besondere Eigenart des elfaß-lothringischen Wesens zu wahren; sie lehnt sich gerade um dieser „Mission“ willen gegen jede Verwelschung auf. Die sog. „Heimatrechts“-Bewegung fordert die Selbstverwaltung, weil nur so die kulturelle Besonderheit Elfaß-Lothringens im Rahmen des französischen Staates zu erhalten ist. Nicht friedensfeindlich, sondern höchst friedensförderlich müßte es sich auswirken, wenn die „nationale Minderheit“ Elfaß-Lothringens vom französischen Zentralismus die Anerkennung ihres Lebensrechtes erkämpfen könnte.

Nur als Durchgangsland, als unbehindert nach allen Seiten hin aufgeschlossenes Land wird Elfaß-Lothringen lebendig bleiben, seine Kräfte entfalten können. Der Elfaß-Lothringer weiß es. Er widersteht sich daher mit zäher Entschlossenheit der Aufrichtung einer geistigen chinesischen Mauer längs des Rheins, die ihm den Ausblick nach einer Seite der Welt, gerade nach der ihm sprach- und kulturverwandten deutschen Seite hin versperren will. Niemand in der Welt wird es in der Tat verstehen können, daß man die Ausreise aus Elfaß-Lothringen den Einheimischen mit hundertlei Kniffen erschwert oder gar verbaut, daß man die Einfuhr deutscher Zeitungen, Zeitschriften, Bücher droffelt, deutschsprachiges Theater dem deutschsprachigen Lande nur in geringem Maße und widerwillig darbietet, daß man gar die rein künstlerischen Darbietungen des deutschen Rundfunks begeißelt. Alles dies paßt freilich durchaus zu der eingangs erwähnten französischen Sprachenpolitik, die dem Deutschen zu Leibe geht, und dabei doch nur er-

reicht, das Kulturniveau in den neugewonnenen Gebieten so herabzudrücken, daß für die „Mittler“-Aufgabe die wesentlichste Voraussetzung vernichtet wird: die geistige Aufgeschlossenheit. In 10 oder 15 Jahren wird man von einem „Elfaß-Lothringen“ nicht mehr sprechen können, wenn dort die französische Auffassung aller bodenständigen Volkskräfte gewaltsam vollzogen sein wird. Dann wird zwar ein Stück europäischen Kulturlebens erwürgt, Frankreich aber die Sorge los sein, daß seine „Bastion am Rhein“ gefährdet ist. Der französische Rhein wird zwei französische Departements, Haut-Rhin und Bas-Rhin, bespülen, die sich in nichts von der Schläfrigkeit und beschaulichen Ruhe der übrigen französischen Provinzen unterscheiden.

Die Begründung der Reichsbesoldungsreform

M. Berlin, 12. Oktober. Die „Vossische Zeitung“ bringt heute Einzelheiten aus der Begründung zum Entwurf des Reichsbesoldungsgesetzes. Die Begründung des Reichsfinanzministers stellt zunächst fest, daß die Beamtenbezüge — abgesehen von der Anpassung des Wohnungsgeldzuschusses an die Mieten — seit Dezember 1924 nicht mehr erhöht worden sind, während die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen seien. Die heutigen Gehälter seien so knapp, daß der Beamte allen besonderen Ausgaben hilflos gegenüber stehe. Dieser Zustand bringe große Gefahren mit sich, denn die deutsche Republik brauche Beamte, die sich in vorbildlicher Pflichttreue mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst ihres Amtes stellten und mit ihrer ganzen Persönlichkeit für den Staat einträten. Das Sinken der sozialen Stellung der Beamten schaffe deshalb vor allem den Staat. Die Erhaltung der sicheren Lebensstellung und die Erreichung des Gefühls der Zufriedenheit müsse im Vordergrund stehen bei allen Erwägungen über die Gehaltserhöhungen der Beamten. Bei der Bedeutung, die die Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse für die Beamten habe, gebe der Lebenshaltungsindex nicht den richtigen Maßstab. Die höheren Beamten besonders sollten die gesellschaftlichen Beziehungen pflegen und müßten sich einen „freien Blick und eine gewisse Unabhängigkeit“ bewahren. Nur dann könne verhindert werden, daß hochqualifizierte Persönlichkeiten dem Staatsdienst entzogen würden.

Der Reichsfinanzminister weist in der Begründung darauf hin, daß absoluter Leichtsinn sein und bleiben müsse, daß die Finanzen des Reiches unter allen Umständen in Ordnung blieben. Die augenblickliche Belastung durch sämtliche Beamtengehälter und Pensionen berechnete der Minister auf jährlich rund 1 Milliarde, unter Hinzurechnung der Ausgaben für Kriegsbeschädigte auf rund 2,1 Milliarden, also auf ein Viertel des gesamten Reichshaushaltes. Die Erwägung, daß eine Besoldungsneuregelung auch unmittelbare Rückwirkungen auf die Beamten der Reichspost, Reichsbahn, der Länder und Gemeinden habe, dürfe das Reich nicht davon abhalten, etwas Durchgreifendes für die unzulänglich bezahlte Beamtenenschaft zu tun.

Die Minderung des Finanzungleichs und ebenso eine Gewähr von Reichsdotationen an die Länder lehnt der Reichsfinanzminister ab. Die neue Besoldungsreform, so führt die Begründung weiter aus, müsse auch eine Minderung des Besoldungsrechtes aus organisatorischen Gründen mit sich bringen, denn das System der 13 Besoldungsgruppen vom Jahre 1920 habe große Mängel gezeigt, wie auch das System der „Schlüsselung“ bald die größten Ungleichheiten gezeigt habe. Das Grundgehalt soll deshalb wie bisher den Hauptbestandteil der Dienstbezüge bilden. Beamte, denen im wesentlichen die gleichen Dienstaufgaben obliegen, sollen in dieselbe Besoldungsgruppe aufgenommen werden, was eine Minderung der Aufzugszeiten und die Einführung von ruhegehaltsfähigen Stellenzulagen bedinge.

Ferner wird eine baldige Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses angekündigt und schließlich erklärt der Reichsfinanzminister, daß eine Gewähr von Feuerungszulagen nicht erforderlich sei, da für die Zukunft mit einer Stabilität der deutschen Währung gerechnet werden könne.

Um den Nachfolger Rakowskis

Wird Litwinow Nachfolger Rakowskis?

M. Kowno, 12. Okt. Wie aus Moskau gemeldet wird, dementierte die Sowjetregierung die Gerüchte, nach denen sich die französische Regierung geweigert habe, ein Abkommen für einen neuen russischen Botschafter zu geben. Die französische Regierung habe ausdrücklich sowohl Tschitscherin als auch Litwinow gegenüber die Bitte ausgesprochen, einen neuen russischen Botschafter zu ernennen. Die Abberufung Rakowskis und seine Abreise aus Paris wird nunmehr nur noch als eine Formsache angesehen. In Moskau nennt man als Kandidaten für den Pariser Botschafterposten Litwinow und Karagan.

Frankreich finanziert die rumänische Heeresreform.

M. Bukarest, 12. Okt. Das Bukarester Blatt „Cuvantul“ veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel des Generals Cantacuzena, demzufolge Frankreich beabsichtige, die rumänische Armee mit Hilfe eines zinsfreien Darlehens neu zu bewaffnen. Die rumänische Regierung aber verzögere wohl aus parteipolitischen Gründen die Annahme dieses Angebots. Nach dem französischen Angebot soll die rumänische Armee vor allem ihre veralteten Maschinengewehre durch französische ersetzt bekommen. Der rumänische Generalstab will aber auch erst prüfen, ob die französischen Maschinengewehre wirklich besser sind als die bisherigen.

Die Wirren in Mexiko

Das Rebellenheer Gomez' geschlagen.

M. New York, 12. Okt. Nach Meldungen aus Mexiko ist das Rebellenheer des Generals Gomez im Kampfe mit der Regierungstruppen völlig geschlagen worden. Die Regierungstruppen machten 600 Gefangene. Die Verluste des Rebellenheeres an Toten und Verwundeten sind groß. Die Zahl der Toten wird mit 70 und die der Verwundeten mit 100 angegeben. Die Entscheidungsschlacht fand in dem hügeligen Gelände südwestlich von Perote statt. Die Regierungstruppen wurden bei ihrem Angriff durch Bombenflieger unterstützt. General Gomez und Almada soll es gelungen sein, mit 50 Mann zu entkommen. Die Verfolgung soll im Gange sein.

Präsident Calles hat sämtliche Militärkommandeure angewiesen, alle Personen, die bei Sabotageakten angegriffen werden, sofort standrechtlich erschießen zu lassen.

Kleine politische Nachrichten

Die Stadtverordnetenwahlen in Königsberg. Bei den Wahlen zur Königsberger Stadtverordnetenversammlung betrug die Wahlbeteiligung 58,8 v. H. Die Mandatsverteilung im neuen Königsberger Stadtparlament ist folgende: Aufwertungspartei 1 (0), Deutsche Volkspartei 15 (12), Mieterliste 1 (6), Deutschdemokratische Partei 2 (3), Evangel. Gemeinschaftsbund 3 (3), Kommunistische Partei 15 (14), Zentrum 2 (1), Sozialdemokratische Partei 15 (9), Deutschnationale Volkspartei 7 (7), Deutscher Rentnerbund 0 (0), Völkischsozialer Freiheitsblock 1 (7), Rechtspartei des deutschen Mittelstandes 2 (0), Volksrechtspartei 0 (0).

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerchaftswahlen. Nach dem letzten amtlichen Ergebnis stellt sich die Mandatsverteilung in der neuen Bürgerchaft wie folgt: SPD. 27 Sitze, DDP. 16, SPD. 63, DVP. 18, Ztr. 2, DNVP. 25, Nat.-Soz. 2, Mittelstandspartei 6, Volksrechtspartei 1 Sitz, insgesamt 160 Sitze.

Hamburger Stimmen zum Bürgerchaftswahlergebnis. Das „Hamb. Fremdenblatt“ schreibt u. a., die Wahl habe der bürgerlichen Rechte große Enttäuschung gebracht. Die Bildung von Splitterparteien und Interessengruppen habe die Störfkraft der bürgerlichen Mittelparteien gemindert. Das Blatt hält ein Zusammengehen der Sozialdemokraten und Kommunisten, trotzdem sie die absolute Mehrheit besäßen, für völlig ausgeschlossen. Unter diesen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als die Neubildung einer Regierungskoalition auf der alten Grundlage durch Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und Volksparteilern.

Die elfaßische Sozialdemokratie gegen die Autonomiebewegungen. Der Kongress der elfaßischen Sozialdemokratie, der in Mülhausen stattfand, nahm eine Entschließung an, in dem er sich als entschlossener Gegner jeder Autonomiebewegung bekannte, die nicht nur den Willen des Elfaßers fälsche, sondern auch eine Ermutigung für den Pangermanismus und ein gefährliches Hindernis für die Wiederverjüngung Frankreichs und Deutschlands darstelle.

Deutscher Erfolg bei den Krankenkassenwahlen in Kattowig. Bei den Wahlen für den Verwaltungsausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kattowig, für die 2 Listen, eine deutsche und eine polnische, aufgestellt waren, gelang es den Deutschen trotz der großen Anstrengungen der polnischen Parteien erneut einen Sieg zu erringen. Die deutsche Liste erhielt 18 Sitze, während die polnische Liste 16 Mandate bekam.

Polen und Litauen. Der Wilnaer Konferenz zwischen Pilsudski, den Ministern und den örtlichen Behörden des Wilna-Gebietes wird in politischen Kreisen allgemein große Bedeutung beigegeben. Zur Besprechung stand die Frage der polnischen Minderheit in Litauen. Pilsudski hat daher die Möglichkeit einer evtl. Hilfsaktion für die Polen in Litauen zur Sprache gebracht. Beabsichtigt ist die Ausübung eines Druckes gegen die litauischen Lehrer in Polen, indem ein verschärfter Befähigungsnachweis von ihnen verlangt wird. Ferner soll den Litauern der Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft erschwert werden.

Vor österreichischen Anleiheverhandlungen in London. Bundeskanzler Dr. Seipel teilte in der Generalversammlung des christlich-sozialen Volksverbandes für Niederösterreich mit, daß diese Woche die Verhandlungen über die Aufnahme einer neuen großen Anleihe für Österreich in London beginnen sollen. Die Anleihe soll ausnahmslos für die Hebung der Produktion verwendet werden. Es ist geplant, große Summen zur Hebung der österreichischen Milchwirtschaft und auch zum Ausbau des Kabelnetzes zu verwenden.

Ausscheiden der Sozialisten aus der belgischen Regierung? Außenminister Vandervelde hielt gelegentlich eines sozialistischen Festes in Verviers eine politische Rede, in der er erklärte, die Sozialistische Partei würde dafür kämpfen, die Militärdienstzeit auf 6 Monate zu verkürzen. Die Frage der Militärdienstzeit sei eng mit der Entwaffnungsfrage verbunden und würde die Durchführung der allgemeinen Abrüstung beschleunigen, wie de Broqueure in Genf gesagt habe. Wir werden, so schloß Vandervelde, für die sechsmonatige Militärdienstzeit, für die Entwaffnung und für den Frieden kämpfen. Die Rede ist zweifelsohne das Vorbild einer belgischen Ministerkrise. Es ist anzunehmen, daß die Sozialisten aus der Regierung ausscheiden.

Delegiertentagung der Völkerbundsligen in Bulgarien. In Sofia wurde die Delegiertentagung der Völkerbundsligen kürzlich eröffnet. An der Eröffnungssitzung nahmen Delegierte aus 16 Staaten sowie das diplomatische Korps teil. Der Generalkonferenz der Völkerbundsligen beschäftigt sich mit den Minderheitsfragen. Besonders Interesse wird der Südtiroler Frage entgegengebracht.

Aus Stadt und Land

aus dem Kreisarchiv Calw

Betriebswerksvorstand Gottfried Barth in Calw erhielt vom Büro des Reichspräsidenten in Würdigung seiner 40jährigen Dienstzeit bei der Reichsbahn ein ehrendes Anerkennungsschreiben.

Der Herbstmarkt.

Der gestrige Herbstmarkt war schwächer wie gewöhnlich, aber immerhin reichlich mit Waren besetzt. Da die Landbevölkerung zurzeit noch mit Erntearbeiten beschäftigt ist, war der Besuch des Marktes naturgemäß nur ein geringer, jedoch der Umsatz sich in sehr niederen Grenzen hielt. Auch der Viehmarkt bot nicht das sonst gewohnte Bild. Da der Markt auf einen israelitischen Feiertag fiel, waren Zutrieb wie Kauflust nur gering, sodass sich kein rechter Handelsverkehr entwickeln konnte.

Das Fackeln.

Betreu der alten Ueberlieferung begann gestern am Abend des Herbstmarktes das Fackeln in unserer Stadt. Auch heuer wieder ist die Jugend mit ganzer Begeisterung dabei, den alten Brauch — man führt ihn auf die zweimalige Zerstörung der Stadt durch die Brandfackel des Krieges zurück — zu üben. Feuer lohten auf dem hohen Feljen wie auf dem Brühl und gaben magischen Schein. Trotz des dichten Nebels und der Kühle des herbstlichen Abends war die Beteiligung der fackelnden Jugend sehr groß. Der Zug der Fackeln und Papierlampen vom hohen Feljen zum Brühl bot wiederum den anziehenden Anblick, den man nicht missen mag. Dem Fackelschwinger und -Zusammenwerfer wohnte denn auch wie alljährlich eine stattliche Zuschauermenge bei, welche ihre Freude an der unbekümmerten Jugendlust hatte. Das Fackeln wird bis Samstag allabendlich durchgeführt und es ist zu wünschen, daß es von gutem Wetter begünstigt sein wird.

Von der Verkehrslinie Calw-Herrenberg.

Eine notwendig werdende Fahrplanumstellung der Autolinie Calw-Herrenberg gab Veranlassung zu einer Besprechung zwischen den Vertretern der beteiligten Gemeinden. Die Herren trafen sich diesmal in Stammheim, wo im Rathausaal unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Schick-Herrenberg über die zu treffenden Maßnahmen beraten wurde. Das Betriebsergebnis des letzten Monats wurde bekannt

gegeben und als befriedigend bezeichnet. Den größten Raum der Besprechungen nahm eine notwendig gewordene Fahrplanänderung ein. Der neue Fahrplan soll ab 15. Oktober in Kraft treten. Von dem neuen Fahrplan wird vor allen Dingen eine bessere Rentabilität der Linie erhofft und diesem Umstand wurde bei den Beratungen weitgehendste Rechnung getragen unter Hintanstellung persönlicher Einzelwünsche.

Ermäßigung des Straßportos.

Veranlaßt durch Beschwerden aus Mitgliedskreisen hatte sich der Reichsverband des deutschen Handwerks an das Reichspostministerium gewandt, um eine Herabsetzung des Straßportos zu erreichen. Vor allem wurde Klage darüber geführt, daß für nicht oder nicht zureichend freigemachte Briefe oder Karten der eineinhalbfache Zuschlag des fehlenden Betrages unter Aufrundung auf volle 5 Reichspfennige, mindestens aber 10 S nachgehoben würden. Hierzu teilt der Reichspostminister nunmehr dem Reichsverband des deutschen Handwerks mit, daß die für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen des innerdeutschen Verkehrs zur Erhebung kommende Nachgebühr als Entgelt für die der Post durch die besondere Behandlung solcher Sendungen erwachsenden Mehrarbeiten und Kosten anzusehen ist. Die Erhebung in dieser Höhe erfolgte bereits seit Jahren. Der Minister bemerkt, daß, obwohl die Gründe für die Erhebung eines Mindestbetrages an Nachgebühren in Höhe von 10 S unverändert fortbestehen, den Anregungen entsprochen werden soll, von der Erhebung einer Mindestnachgebühr von 10 S abzusehen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Nachgebühr für Sendungen des innerdeutschen Verkehrs werden deshalb mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 in der Weise geändert, daß künftig lediglich eine Aufrundung des Eineinhalbfachen des Fehlbetrages auf volle 5 S stattfindet.

Wetter für Freitag und Samstag.

Die Wetterlage wird noch von Hochdruck beherrscht, doch sind kleine Randstürmchen im Osten vorhanden. Für Freitag und Samstag ist vielfach neblig, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Calw, Herrenberg, 12. Okt. Ein Arrestant, der im Amtsgerichtsgefängnis wegen Wilderns seine Strafe verbüßte, suchte am Samstag, als er im Garten unter Aufsicht mit Herbstarbeiten beschäftigt war, das Weite. Im Gasthaus

zur Traube nahm er noch eine ordentliche Herz- und Magenstärkung zu sich, um dann einen „Sonntagsurlaub“ in seine Heimat Hildbrunn anzutreten. Jedoch das Auge des Geistes wachte und verhasstete den Ausreißer wieder.

Calw, Herrenberg, 12. Okt. Der älteste Sohn des früheren Straßenwarts A. Fleck ist am Montagabend in der Scheuer beim Abwerfen eines Strohbündels abgestürzt. In die Klinik verbracht, starb er im Laufe der Nacht.

Calw, Maulbronn, 13. Okt. Am Montag waren es 40 Jahre, daß Johannes Haasis als ständiger Musikoberlehrer am evangelisch-theologischen Seminar in Maulbronn wirkte. Er gehört heute zu Maulbronn wie das Kloster zu Maulbronn gehört. Und Haasis ist auch mit seinem Kloster innig verbunden, sei es als Meister auf der großen Orgel der Klosterkirche oder in seinem Amt als Musikoberlehrer des Seminars. Hermann Hesse war einer seiner ersten Schüler und hat den „Musiklehrer Haas“ in seinem Maulbronner Roman „Unterm Rad“ öfters genannt.

Calw, Stuttgart, 12. Okt. Der Stuttgarter Herbst wird seit einer Reihe von Jahren nicht mehr öffentlich gefeiert, trotzdem Stuttgart von den Städten über 100 000 Einwohnern immer noch die größte Nebenstadt ist. Dem Beispiel anderer Städte folgend, und damit der schöne alte Brauch nicht in Vergessenheit gerät, wird Mitte Oktober in der Gewerbehalle ein Stuttgarter Herbst veranstaltet. In erster Linie wird eine Gemüße-, Obst-, Trauben- und Pflanzenschau den Besuchern zeigen, welche prächtige Erzeugnisse der einheimische Boden hervorbringt.

Calw, Stuttgart, 12. Okt. Bei der Reinigung des Kanals zwischen Gaisburg und Berg kamen Revolver, Munition und Handgranatensprengkapseln, die vermutlich in der Revolutionszeit dort hineingeworfen worden waren, zum Vorschein. Schulkinder der Gaisburger Schule beschäftigten sich während der Pause mit den dort gefundenen Handgranatensprengkapseln. Ein siebenjähriger Knabe legte eine auf einen Stein, ein anderer Knabe schlug auf die Handgranatensprengkapsel, sodaß diese explodierte, wobei 15 Kinder Verletzungen erlitten. Die Verletzungen, bei denen es sich hauptsächlich um eingedrungene Splinter in Füße, Hände und Gesicht handelt, sind erfreulicherweise durchweg leichter Natur. Dem sofortigen Eingreifen eines Kriminaloberwachmeisters ist es zu danken, daß den Kindern etwa 120 Handgranatensprengkapseln abgenommen wurden.

Pfannkuch
Zur
Kirchweih
Preiswerte Weine
in eigenen Kellereien
fachmänn. gepflegt

Weißweine
1/2 Fl.
Zischwein -.90
Pfälzer Weiß 1.-
Eben-
kobener 1.15
Hambacher 1.20
Gimmel-
dinger 1.50
Rottweine
1/2 Fl.
Zischwein -.90
Dürk-
heimer 1.10
Dürk. Feuer-
berg 1.30
Kouffillon 1.30

Malaga 1.25
rot 1/2 Flasche
Preise ohne Fl.
Flaschenpfand
10 Pfennig
Pfannkuch

Bad Teinach.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 15. Okt. 1927** stattfindenden
Hochzeitsfeier
in den Gasthof zum **Soldenen Faß** freundlichst einzuladen.
Karl Kummer
Sohn des Johs. Kummer, Säger, hier
Sophanna Walz
Tochter des † Johs. Walz, Gipsermeister, hier
Kirchgang 1 Uhr in Bad Teinach.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Althengstett—Wöttlingen
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 15. Okt. 1927** im Gasthaus z. „**Lamm**“ in Wöttlingen stattfindenden
Hochzeitsfeier
ergebenst einzuladen.
Richard Laufer
Sohn des † Johannes Laufer, Schreinermeister, in Althengstett
Marie Weiß
Tochter des Christian Weiß, Bauer, in Wöttlingen.
Kirchgang 1/2 Uhr in Wöttlingen.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Einen guterh., doppelten **Rochofen** hat zu verkaufen.
S. Böttinger, Hirsau.

Elektrische Anlagen
Ernst Schneider
Metzgergasse
Licht-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen jeden Umfangs
Beleuchtungskörper usw.
Zugelassen beim Stadt. Elektrizitätswerk Calw

Röttenbach—Oberkollbach.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Kirchweihmontag, den 17. Oktober 1927** stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus zum „**Hirsch**“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.
Ulrich Keppler
Sohn der Christine Fir, geb. Keppler, Röttenbach
Berta Stichel
Tochter des † Ulrich Stichel, Oberkollbach.
Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Altburg.

Oberreichenbach—Breitenberg.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Kirchweihmontag, den 17. Oktober 1927** stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus z. „**Arone**“ in Altburg freundlichst einzuladen.
Christian Kentschler
Sohn des Michael Kentschler, Oberreichenbach
Elisabeth Seeger
Tochter der Friedrike Seeger, Breitenberg.
Kirchgang 1 Uhr in Altburg.

Fahrpläne
für den Bezirk sind auf der Gesch. Stelle ds. Blatt. das Stück zu 20 Pfennig erhältlich.

Birnen
z. **Einmachen**
(Winter-Bergamotte)
1 Pfd. 14 Pfg.
10 Pfd. 1.20 Mk.
empfiehlt
G. Wurster
Röhm's Nachfolg.
Seden Dienstag u. Freitag in der Zeit von 1/2 11 bis 12 Uhr werden
Rudelböden
abgegeben bei
Herm. Schnürle
Eierteigwarengeschäft.

Zu verkaufen
zirka 25 Ztr.
Mostbirnen
(Schweizerbirnen)
Johann Georg Rometsch
Altbulach.

Neues Delik.
Filderjanerkraut
R. D. Vinçon
Gut möbliertes **Zimmer**
auf 1. Nov. zu vermieten.
Frau Stadtbaumeister
Höhneker.
Ebendasselbst ist ein geb. guterh. **Faß** 320 Liter ovales abzugeben

Weißmehl
erster Güte und
sämtliche Backartikel
empfiehlt
F. Nonnenmacher

Pfannkuch
Zur
Kirchweih
Melzmer Kaffee

Haushalt-
Mischung
1/4 Pfd. -.90
Paket
1/2 Pfd. 1.80
Paket
Frauenlob-
Mischung
1/4 Pfd. 1.-
Paket
1/2 Pfd. 2.-
Paket
B. Badener-
Mischung
1/4 Pfd. 1.10
Paket
1/2 Pfd. 2.20
Paket
Ferner:
stets frisch
gerösteten offenen
Kaffee
1/4 Pfd. von 60 an

Pfannkuch
Ofen m. Vorherd
zu verkaufen
Schömburg, Schillerstr. 6

Ämtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Grundstücksverpachtung

am Montag, den 17. Oktober 1927, von vorm. 9 Uhr ab und zwar

30 halbe Morgen beim Windhof, 5,2 Hektar die ehemalige Allmandstücker beim Windhof.

Die Verpachtung erfolgt auf 9 Jahre. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr in der alten Steige beim Wegweiser nach Ulzenberg. Den 12. Oktober 1927. Stadtpflege.

Stadtgemeinde Weilberstadt.

Am 17. Oktober ds. Jrs., (Kirchweihmontag) findet hier



Krämer-, Vieh-, Pferde- und Schweine-Markt
statt, zu dessen Besuch hiemit eingeladen wird. Stadtschultheißenamt: Schütz.

Geschäftseröffnung u. Empfehlung.

Teile der geehrten Einwohnerschaft von Altbulach u. Umgebung mit, daß ich meine

Metzgerei

am Samstag, den 15. Okt. eröffnen werde. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine Kundschaft mit nur guten

Fleisch- und Wurstwaren zu bedienen. Um geneigten Zuspruch bittet

Fritz Reutter, Metzger Altbulach.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben noch vorrätig

Saatdinkel

Hohenheimer weißen Kolbendinkel, Originalsaat.

Die Geschäftsstelle.

Landw. Bezirksverein Calw.

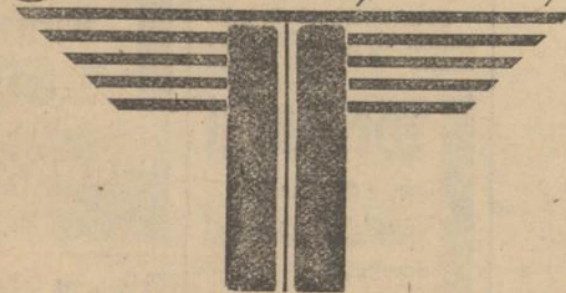
Wir haben auf Lager:

Thomasmehl
Kalkstickstoff
Kwefels-Ammoniak
kohlen-sauren
Düngerkalk
Kalifalz

Rainit
Rainit fein gemahlen zur Schneckenvertilg.
Weizen
Gerste
Leinmehl
Erdnußkuchenmehl

Die Geschäftsstelle.

Für Kirchweih



bestimmte Anzeigen wolle man möglichst tags vorher aufgeben!

Am Samstag und Sonntag

halte ich

Mebel-Suppe



und lade hiezu höflich ein

Chr. Methammer, z. Döfen.

Saalbau z. Hirsch.

Der

Gesangverein „Sängerkunst“ Unterhangstett



hält am Kirchweihsonntag eine

Sanzunterhaltung

mit gesanglichen Darbietungen ab, wozu Freunde und Gönner eingeladen sind.

1a. Streichmusik. Der Ausschuß.

Jahrgang 1897

30er-Feier

Alle Altersgenossen von Neululach u. Umgebung werden auf Sonntag, 16. Oktober 1927 in das

Gasthaus zum Mühle in Neululach herzlich eingeladen.

Mehrere 30er.

Ich habe noch für den dortigen Bezirk die Vertretung

an einen bei der Privalkundschaft gut eingeführten Herrn bei Figum und Provision zu vergeben.

Roland Jenisch, Kaffee-, Tee- und Kakao-Import, Stuttgart, Lindenstraße 39.

4-Siger-Doppel

sehr gut erhalten, frisch gelagert und neue Kolben, zum billigen Preis von M. 1700.— zu verkaufen.

Autozentrale, Fernsprecher 206

Gasthof zum Hirsch

Am Samstag, den 15. Okt., von abends 6 Uhr ab am Sonntag, den 16. Okt., von nachm. 2 Uhr ab am Kirchweih-Montag, d. 17. Okt. den ganz. Tag sowie Samstag, den 22. Oktober, von abends 6 Uhr ab, und Sonntag, den 23. Oktober, von nachmittags 2 Uhr ab, findet zur

Einweihung meiner neuerbauten Kegelbahn großes Preis-Kegeln

statt, wozu freundlichst einladet

Ludwig Gehring.

5 Kugeln räumen
Kranz zählt 12

wertvolle Preise

wertvolle Preise

Pfannkuch

Frische Schellfische 40 Pfg.

Fett-Büdlinge 50 Pfg.

Pfannkuch

1000 Mk.

gegen 1a. Bürgschaft und gute Zinszahlung sofort gesucht.

August Menle Schultheiß a. D. Calw Inselstraße 199.

Sie fehlen in dem Kreis



der seit 38 Jahren zufriedenen Verbraucher

Für die Fackeltage Feuerwerkskörper in großer Auswahl Fr. Lamparter.



Zögern Sie nicht länger, die butterfeine Rama Margarine zu probieren! Für nur 50 Pfennig erhalten Sie ein halbes Pfund Rama — mehr als genug, um feststellen zu können, daß diese Margarine wie Butter schmeckt und ebenso ergiebig ist.

Sie werden glücklich sein, künftig auf die teure Butter verzichten zu können.

Rama

MARGARINE butterfein

Die meistverkaufte Margarine-Marke Deutschlands